



***Zukunft  
Jugend  
Vielfalt  
gestalten***

DOKUMENTATION DES SYMPOSIUMS  
9./10. OKTOBER 2002  
RHEINISCHES INDUSTRIEMUSEUM  
OBERHAUSEN

### Impressum

Herausgeber: Internationaler Bund · IB

Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.

Vorsitzender des Vorstandes: Werner Sigmund

Sitz: Frankfurt am Main

Vereinsregister Nr. 5259

Verantwortlich: Marion Reinhardt

Redaktion: Manfred Stütting, Hartmut Brombach

Gestaltung: C. Ochsenbauer, P. Schwarzmann

Fotos: Müller

RefÖff 03/2003

# Zukunft Jugend

Vielfalt  
gestalten

## V O R W O R T

„Zukunft Jugend, Vielfalt gestalten“:

Unter diesem Motto hatte der Internationale Bund mehr als 200 Experten der Jugendarbeit nach Oberhausen eingeladen. Immer wieder stellt sich der IB der Aufgabe, die Zukunft der Jugend kritisch zu hinterfragen. Denn er muss dieser wichtigsten Zielgruppe gerecht werden, deren Entwicklung und Entfaltung durch die sozialen Umwälzungen unserer Zeit beeinflusst werden, sich als Mitgestalter der Gesellschaft mit seinen Partnern wie Schule, Arbeits- und Sozialverwaltung um Lösungen bemühen. Es stellt sich die Frage nach möglichen Zielen und nach den richtigen Wegen dorthin, aber auch nach der Flexibilität des IB.

Die Forderung „Vielfalt gestalten“ verweist auf eine aktuelle Problematik: Die starke Privatisierung der sozialen Verhältnisse hat sich zu einer Gefahr für alle die Menschen entwickelt, die nicht in der Lage sind, eigene Positionen zu finden, von denen aus sie ihren Lebensweg selbst gestalten können. Der 11. Jugendbericht der Bundesregierung unterstreicht mit seiner zentralen Forderung nach der öffentlichen Verantwortung in der Erziehung die Notwendigkeit einer verlässlichen Besetzung von pädagogischen Positionen, die tragfähig sind und Eltern und Erziehern helfen, aus einer chaotischen Vielfalt herauszufinden.

Wie weit ist der IB in der Lage, öffentliche Verantwortung für Erziehung und Bildung zu stärken und beim Aufbau einer neuen pädagogischen Kultur überzeugend mitzuwirken? Die aktuellen Problemfelder ergeben sich aus dem Funktionswandel von Familie, einem Bildungssystem, das heftig in die Kritik geraten ist, den großen Problemen auf dem Arbeitsmarkt, einem demographischen Wandel, der das Verhältnis der Generationen zum Nachteil der Jüngeren verschiebt. Staat und Gesellschaft haben die Aufgabe, die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen so zu gestalten, dass sie und ihre Familien für sich selbst und füreinander Verantwortung tragen können. Das ist in Zeiten, in denen Sparzwänge den Umfang der Jugend-, Bildungs- und Sozialarbeit bestimmen, immer schwerer durchzusetzen.

Der Titel des Symposiums deutet die Dimensionen des Themas an: Die Jugend ist die Zukunft der Gesellschaft. Wovon hängt die Zukunft ab? Die Vielfalt der Angebote an Jugendliche, ihren Lebensweg zu gestalten, ist zu groß. Nur der hat Chancen, dem es gelingt, Gestaltungskraft zu entwickeln, um damit einem chaotischen Lebensweg, dem die Ausgrenzung folgt, zu entgehen.

Die Gesellschaft bietet Chancen, aber auch Risiken für junge Menschen im Übergang zum Erwachsenen-Leben. Ein Teil der Jugend kann heute an den besten Universitäten studieren, sich beruflich in anspruchsvollen Arbeitsfeldern entwickeln, in Politik und Gesellschaft mitwirken. Der andere Teil aber lebt mit wachsenden Beschäftigungsrisiken, manchmal am Rande der Armutsgrenze, ohne oder mit wenig zukunftsfähiger Bildung und beruflicher Ausbildung, mit schlechten Perspektiven. Sozialer Status, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit junger Menschen, ihre regionale Herkunft sowie ihr Eingebundensein in eigene Kultur- und Konsumwelten prägen ihre Chancen, Anforderungen des Aufwachsens zu bewältigen.

Ziel des IB ist die Mitarbeit an Gestaltung und Sicherung unserer sozialen Infrastruktur, damit Jugendliche und ihre Familien die geforderte Eigenverantwortung für ihr Leben tragen können. Hierzu bedarf es tief greifenden Umdenkens und neuer Handlungsstrategien: Die Leistungen und Angebote der Institutionen, die für Erziehung, Bildung, soziale Versorgung und Beschäftigung Verantwortung tragen, müssen effektiv aufeinander bezogen und miteinander verknüpft werden. Damit eine solche qualitative Vernetzung gelingen kann, muss das Denken in geschlossenen Systemen überwunden werden. Die Kooperation aller Beteiligten ist notwendig, um die Leistungen so miteinander zu verweben, dass die aufgewendeten Ressourcen einen optimalen Nutzen haben.

Die fachliche Leitung des Symposiums hatte Prof. Dr. Karin Böllert, Mitglied des IB-Präsidiums und Mitautorin des 11. Kinder- und Jugendberichts, gemeinsam mit Dr. Gero Kerig vom IB-Vorstand. Prof. Böllert führte mit Roland Matzdorf vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie in das Thema ein. Die Stadt Oberhausen hatte die Schirmherrschaft übernommen.

Bruno Köbele



# Zukunft Jugend

## Vielfalt gestalten

**Dokumentation des Symposiums**

**„Zukunft Jugend -**

**Vielfalt gestalten“**

**am 9./10. Oktober 2002 in Oberhausen**

*„Jugend ist unstrittig  
die Zukunft der  
Gesellschaft.  
Aber welche Zukunft  
hat die Jugend dieser  
Gesellschaft?“  
(Köbele)*

**Gespräche am Rande  
des Symposiums im  
Rheinischen Industrie-  
museum**



**Das Plenum beim  
Eröffnungsvortrag von  
Prof. Dr. Karin Böllert**

„Damit Jugendliche und ihre Familien für ihr Leben und füreinander Verantwortung tragen können, ist nicht etwa der Rückzug des Staates angesagt, sondern ein neues Verständnis von öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Jugendlichen ist gefordert.

Die vielfach geforderten neuen Handlungsstrategien in Erziehung und Bildung setzen tief greifendes Umdenken voraus, denn die Leistungen der Institutionen, die für Erziehung, Bildung, soziale Versorgung und Beschäftigung Verantwortung tragen, müssen neu aufeinander bezogen und miteinander verknüpft werden, um Jugendlichen und ihren Familien ein eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen.

Damit diese qualitative Vernetzung gelingen kann, müssen wir das Denken in geschlossenen Systemen überwinden und in der Kooperation aller Beteiligten die Leistungen so miteinander verweben, dass die aufgewendeten Ressourcen einen optimalen Nutzen haben.“ – So heißt es in der Ankündigung zu einem bundesweiten Symposium, das der Internationale Bund vom 9. bis 10. Oktober 2002 in Oberhausen veranstaltete.

Wie dies aussehen kann, was geschehen muss, um vorhandene Möglichkeiten auszuschöpfen und neue Perspektiven zu entwickeln, haben mehr als 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Internationalen Bundes (IB) zwei Tage lang mit Fachleuten aus Politik, Schul-, Jugend- und Sozialarbeit diskutiert.

Unter dem Titel „Zukunft Jugend – Vielfalt gestalten“ ging es um die öffentliche Verantwortung für schwieriger gewordene Erziehungs- und Bildungsarbeit sowie um die Rolle, die Träger wie der IB dabei übernehmen können – wenn man sie lässt. Sie sind zwar in der Lage, Menschen zu helfen, „die aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, eigene Positionen zu finden, von denen aus sie ihren Lebensweg weitgehend selbstbestimmt und aus eigener Kraft gestalten können“, wie Vizepräsident Bruno Köbele einleitend sagte. Aber dass gesellschaftliche Veränderungen diese Hilfestellung zur alltäglichen

Pflicht gemacht haben, scheint sich bei den zuständigen Behörden und Einrichtungen noch nicht herumgesprochen zu haben. In Oberhausen wurde nach Mitteln gesucht, dies zu ändern. Den Königsweg haben die Diskutanten nicht gefunden. Aber sie haben allen Verantwortlichen und Engagierten viel Stoff für die programmatische Arbeit mitgegeben.

Deren Aufgabe wird nicht einfach. Denn es muss, wie Vorstandsvize Dr. Gero Kerig unter dem Eindruck der intensiven Debatten in sieben Arbeitskreisen und im Plenum feststellte, „ein neuer Bildungs-Gedanke geboren werden; ein Gedanke, der beispielsweise bestehende Schranken zwischen Schule und Jugendhilfe aufbricht“. Aber davon sei man weit entfernt. Während wir wohl wissen, was möglich sein könnte, „hantieren wir vielfach noch mit Verbandskasten und Pflaster“. Doch nach dem „bunten und vielfältigen“ Debatten-Marathon mit lauten, leisen und auch selbstkritischen Tönen bescheinigte Kerig den Kollegen Tröstliches: Man müsse sich „überhaupt nicht verstecken. Wir wollen nicht in Sack und Asche, sondern erhobenen Hauptes nach Hause gehen.“

### **Unzulängliche Grundbedingungen**

Das überspitzte, dem Verlauf der Arbeitstagung im Rheinischen Industriemuseum (RIM) in Oberhausen ziemlich gerecht werdende Bild vom Hantieren mit Verbandskasten und Pflaster ergab sich aus der vielfach gehörten Kritik an den unzulänglichen Grundbedingungen, mit denen alle Einrichtungen fertig werden müssen, die sich heute um die Förderung gesellschaftlich benachteiligter junger Menschen kümmern. Anlässe gibt es genug. Am meisten genannt wurden:

- der Realität oft nicht gerecht werdende Richtlinien und Verordnungen,
- zu wenig Flexibilität bei zuständigen Behörden und Einrichtungen,

- unzulängliche, zudem oft falsch verteilte Finanzierung,
- hinderliche Wettbewerbssituationen statt Bündelung der Kräfte,
- allzu große Zurückhaltung in der öffentlichen Diskussion von Problemen, Möglichkeiten und Visionen.

Nicht unbedingt neue Erkenntnisse. Sie wiegen aber – das zeigten die Tage von Oberhausen – schwerer, weil sich die objektive Problemlage verändert hat, wie Köbele in seiner Eröffnungsrede verdeutlichte. Als besondere Belastungen erweisen sich der Funktionswandel innerhalb des Familienwesens, das heftig kritisierte Bildungssystem, große Veränderungen und Angebotsprobleme auf dem Arbeitsmarkt sowie die umgekehrte Alterspyramide zum Nachteil der Jüngeren.

Im 11. Kinder- und Jugendbericht wird deshalb ein neues Verständnis von öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Jugendlichen gefordert. „Staat und Gesellschaft sind aufgerufen, die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen so zu gestalten, dass sie und ihre Familien für sich selbst und füreinander Verantwortung tragen können“ (Köbele).

Das geht dort gut, wo die Verhältnisse in Ordnung sind. Doch es wächst der Kreis jener, deren Chancen schlechter werden. Der schwache soziale Status der Familie, ein Bildungssystem, das soziale Ungleichheit reproduziert, auch ethnische und regionale Besonderheiten sind oft ausschlaggebend dafür, dass junge Leute heute mit schlechten Voraussetzungen auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kommen, dort scheitern und danach keine Perspektiven mehr sehen. Sie brauchen Hilfe zur Selbsthilfe, sind angewiesen auf eine funktionierende soziale Infrastruktur. Und da spielen Einrichtungen wie die des IB bereits eine wesentliche Rolle. Über die zukünftige Rollenverteilung aber muss neu nachgedacht werden – bei allen Beteiligten.

### **Ein System, in dem viel passiert, aber immer weniger bewirkt wird**

Wie sich in Oberhausen zeigte, gibt es hier und da bereits Ansätze des geforderten neuen Denkens; nicht zuletzt in Nordrhein-Westfalen. Doch die gelungenen Modelle ändern wenig an den generell zu beobachtenden Unzulänglichkeiten eines unbeweglichen Systems, in dem sehr viel passiert, aber immer weniger bewirkt wird.

Allein der IB unterhält bundesweit an 300 Standorten mehr als 700 Einrichtungen der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit. In NRW bemüht er sich um rund 30.000

junge Menschen, die Neuorientierung brauchen. Für die Eingliederung ins Arbeitsleben stehen bundesweit mehr als 7000 IB-Mitarbeiter bereit, 1700 davon in NRW. Sie arbeiten örtlich mit Jugend-, Sozial- und Wohnungsbehörden, vor allem aber mit den Arbeitsämtern ▶▶▶

## **AG 1 Familie ist kein eindeutiger Ort mehr. Konsequenzen für Kinder und Jugendliche, Schlussfolgerungen für die Jugendhilfe**

*„Familie ist kein eindeutiger Ort mehr“, wie Richard Münchmeier es formuliert. Nach den Befunden u.a. des 11. Kinder- und Jugendberichts hat die Familie für Kinder und Jugendliche einen hohen Stellenwert und wird von einer großen Mehrheit außerordentlich positiv gesehen und erlebt. Allerdings haben sich die Formen, Muster und die Beständigkeit dieser sozialen Lebensform erheblich gewandelt; es gibt vielfältige Familienformen.*

Im Rahmen des Workshops wurde folgenden Fragestellungen nachgegangen:

- Familie heute: Wie stellt sie sich dar? Chancen und Problemlagen
- Wie können familienunterstützende und -ergänzende Hilfen die Erziehungskompetenzen von Eltern stärken und die Lebenszusammenhänge von Kindern und Jugendlichen verbessern?
- Welche vernetzte Hilfen zur Selbsthilfe brauchen dann Familien? Welche fachpolitischen Forderungen des IB z.B. an den öffentlichen Träger von Kinder- und Jugendhilfe leiten sich daraus ab?

### **Ein Ergebnis der Arbeitsgruppe waren diese Thesen:**

Familien stehen vor einer Vielzahl neuer Aufgaben und Herausforderungen, die sich ständig wandeln.

Die Aufgabe der Jugendhilfe besteht in der Wahrnehmung folgender Aspekte:

- Eltern zu unterstützen, ihre Verantwortung eigenständig wahrnehmen und umsetzen zu können;
- Verantwortung nicht eindimensional nur als Versorgung zu begreifen.

Die Verantwortung der Eltern besteht darin:

- Entscheidungen zu fällen, die auf die emotionale und materielle Versorgung und Entwicklung der Kinder orientiert sind.

Die Verantwortung der Gesellschaft besteht darin:

- politische Ziele zu formulieren,
- Rahmenbedingungen zu garantieren,
- Standards in den Leistungsangeboten der Jugendhilfe sicherzustellen.

Verantwortung heißt für den IB:

- Fachlichkeit vorzuhalten,
- Qualität kontinuierlich zu sichern und zu optimieren,
- das Prinzip der Stärkung der Fähigkeit, Eigenverantwortung wahrzunehmen, umzusetzen,
- gesellschaftliche Verantwortung einzufordern und aktiv mitzugestalten (Lobbyarbeit),
- die Vernetzung aller Erziehungsinstanzen, die geeignet sind, die Standards zu optimieren, mitzugestalten.



„Das Jump-Programm hat mehr Stellen für Sozialarbeiter geschaffen als für Jugendliche“ (Böllert).

**Der Geschäftsführer des Verbundes Frankfurt/Nordhessen, Eugenio Muñoz, bei der Diskussion mit Podiumsteilnehmern**

## AG 2 **Fördern statt frustern – präventive Netzwerke im Lebensraum Schule**

*Welche Faktoren bestimmen die Notwendigkeit von Kooperationen zwischen Schule und außerschulischen Sozial- und Bildungseinrichtungen? Welche Herausforderungen und Aufgaben stellen sich aktuell an diese Zusammenarbeit auch unter dem Gesichtspunkt frühzeitiger Förderung des Übergangs von Schule in Ausbildung und Beschäftigung?*

*Wie lassen sich Qualifizierungskonzepte für junge Menschen optimieren? Welche Chancen bieten regionale Kooperationen?*

*Welches sind die Erfolgsfaktoren, um die Zusammenarbeit von Schule und außerschulischen Sozial- und Bildungsträgern zu verstetigen? Welche Inhalte, Strukturen und Rahmenbedingungen müssen solche Kooperationen berücksichtigen? Welche Herausforderungen stellen sich an Schulen und an die freien Träger, welche Veränderungen wären bei beiden nötig?*

### **Ergebnisse:**

Grundvoraussetzungen für eine gelingende Kooperation von Schule und Jugendhilfe sind:

- strukturierte Kooperationsvereinbarungen (z.B. bezüglich Ressourcen, Stellen, Zeiten, Finanzen);
- gemeinsame gleichberechtigte Arbeit in Gremien (auch Fortbildungen);
- Schaffung und Nutzung alternativer, lebensweltorientierter Angebote (vgl. EQUAL Hessen oder Schulwerkstatt).

Erfolgsfaktoren für die Verstetigung von Kooperationen beinhalten:

- die Klärung der Frage, wer Auftraggeber sein soll;
- ein effektives Wechselspiel zwischen politischen Entscheidungen zu struktureller Verankerung und nachweislich erfolgreichen Modellen.

Kooperation, die nicht weh tut, ist keine! Herausforderungen an Kooperationen bestehen in:

- einer gleichwertigen Stellung von Lehrern, Sozialarbeitern/-pädagoginnen (Erziehern?) auch in Bezug auf die Arbeitsbedingungen (Arbeitszeiten, Gehälter etc.);
- gemeinsamer Verantwortlichkeit, was gemeinsame Bereitstellung von Ressourcen, Kompetenzentwicklung und Ergebnisprüfung beinhaltet;
- der Anerkennung der Grenzen der Wirksamkeit von Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe;
- der Institutionalisierung beidseitiger Arbeitsaufträge, die erfolgreiche Kooperation nicht auf das Fundament persönlichen Engagements stellt.

▶▶▶ zusammen und können auch Erfolge nachweisen. Aber im Verlauf des Symposiums wurde klar, dass dies ohne grundlegende Änderungen im System nur Einzelfälle bleiben werden.

Prof. Dr. Karin Böllert von der Universität Münster, IB-Präsidiumsmitglied und Mitautorin des 11. Jugendberichts, sowie der Leitende Ministerialrat Roland Matzdorf aus dem NRW-Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie legten in zwei Referaten den Grundstein für die Diskussionen in Oberhausen. Die Pädagogin aus Münster stellte zunächst fest, dass trotz gravierender Veränderungen in den letzten 30 Jahren und entsprechender Unkenrufe die Familie bei Kindern und Jugendlichen weiterhin erheblichen Stellenwert hat. Dass sich aber das Familienleben grundlegend verändert hat, ergibt sich aus weiteren Erkenntnissen:

- Familie hat heute viele Gesichter und hat ihre typische Kontur verloren. Die klassische Kleinfamilie, bei der biologische und soziale Elternschaft zusammenfallen, ist immer weniger eine allgemein vorherrschende Normalität, eine einheitliche Familiensozialisation kann immer weniger vorausgesetzt werden.
- Die zunehmende Komplexität der Lebenslagen junger Menschen konkretisiert sich zuallererst in den Familien und stellt diese vor erhebliche und gravierende Anforderungen. Trotzdem erfüllen familiäre Lebensformen nach wie vor die von ihnen gesellschaftlich erwarteten Leistungen der Erziehung und Sozialisation, diese werden allerdings kaum anerkannt.
- Erziehungsstile und -praktiken haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Die Familie ist offener und transparenter geworden. Eltern geraten in Bezug auf Erziehung zunehmend unter Erklärungs- und Rechtfertigungsdruck.

„Es muss Gründe haben, dass Erziehungs-Ratgeber in den Buchhandlungen höchste Auflagen erzielen“ (Böllert). Ihr Fazit nach dieser Zwischenbilanz: „Das Aufwachsen in privater Verantwortung bedarf zunehmend öffentlicher Unterstützung“ durch eine soziale Infrastruktur, in der die Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen eine entscheidende Rolle spielen werden.



links:  
**Prof. Karin Böllert** beim  
Eröffnungsreferat

rechts:  
**Dr. Gero Kerig** in der  
Diskussion mit dem  
Podium

### **Jugendhilfe als Regelangebot in den Schulalltag einbeziehen**

Fest steht: Familien werden sich weiter verändern, zum Beispiel, wenn die auf Grund der Ergebnisse der PISA-Studie nun als (All-)Heilmittel propagierte Ganztagschule zur Normalität werden sollte. Auch die diesen Prozess begleitenden gesellschaftlichen Voraussetzungen müssen den Veränderungen angepasst werden. Die Ganztagschule darf sich, so Böllert, zukünftig nicht darauf beschränken, den Unterrichtsstoff zu verdoppeln, sondern „die neue Schule wird nicht nur Lern-, sondern auch weitgehend Lebensort der Jugend“. Und deshalb gehöre die Einbeziehung der Jugendhilfe als Regelangebot in den Schulalltag.

Davon aber ist die Bildungsgesellschaft noch weit entfernt, wie auch Erfahrungsberichte in den IB-Arbeitskreisen bestätigten. Dass Jugendhilfe „der größte Arbeitgeber in Deutschland geworden“ ist, in den letzten Jahren deutlich professionalisiert wurde und die Einrichtungen eine umfangreiche Angebotspalette an Erziehungs- und Bildungsleistungen aufweisen, wird von der Öffentlichkeit vielfach noch ignoriert. Zumal auch die Kostenfrage inzwischen ein wichtiges Thema geworden ist; nicht unbedingt als Forderung nach mehr Geld, sondern nach anderen Verteilungskriterien.

Keine Reaktionen gibt es laut Böllert auch auf eine seit Jahren zu beobachtende ungesunde Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt mit rückläufigen Zahlen an Ausbildungsplätzen und einem wachsenden Verdrängungswettbewerb zwischen Jugendlichen mit gutem und weniger gutem oder gar keinem Schulabschluss: Die Familien der Schwächsten der Schwachen haben die Folgen dieser Entwicklung zu tragen.

Hinzu kommt, dass zu viele der Maßnahmen, die dieses Problem auffangen und lindern sollen, falsch geplant werden und nicht am richtigen Punkt ansetzen.

„Verschiebebahnhof“ nennt sie die Art und Weise, wie die Arbeitsverwaltung diese Probleme behandelt. „Es gibt immer mehr, die eine Ausbildung in einem unge-

wollten Berufsfeld erhalten“; mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Abbrecher weiter steigt. Notwendig dagegen sei schon während der Schulzeit die Entwicklung einer effektiven Form von Berufswahlkompetenz.

Dafür, dass die Entwicklung vorangetrieben wird, müssten Einrichtungen wie der IB mehr tun als bisher: sich einmischen in die Infrastrukturdebatte auf allen politischen Ebenen, vornehmlich in der Kommune; den Bedarf verdeutlichen sowie eigene Leistungskonzepte anbieten und durchsetzen. Dazu zählt auch die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Organisationen. Das zutreffende Stichwort „Vernetzung“ tauchte in den späteren Diskussionen in vielfältigen Erscheinungs- und Erwartungsformen immer wieder auf.

Roland Matzdorf aus dem NRW-Arbeitsministerium unterfütterte die Analyse seiner Vorrednerin mit Zahlen. Danach verlassen jährlich zwischen 80.000 und 100.000 junge Menschen unser Bildungssystem ohne einen Abschluss. In NRW gibt es neben den rund 5.000 bei der Berufsberatung gemeldeten, die keine Lehrstelle bekommen haben, Tausende, „die irgendwie zwischen Schule und Beruf sind. Wir haben sie gezählt und bei 40.000 aufgehört.“ Man müsse sich darauf einstellen, dass ständig 15 bis 20 Prozent der Jugendlichen außerhalb des Berufslebens bleiben werden; darunter zunehmend Einwanderer-Kinder – potenzielle „Kundschaft“ für Einrichtungen wie den IB.

### **Viele Hürden auf dem Weg ins Arbeitsleben**

Aber es gibt Hürden. Matzdorf zählte einige auf: Nur knapp 35 Prozent aller Handwerksbetriebe und jeder fünfte Industriebetrieb bilden aus. Deshalb bieten Sozial Einrichtungen eigene Ausbildungsplätze an. Doch: „Außerbetriebliche Ausbildung ist das teuerste Instrument, kostet 12.500 Euro im Jahr.“

Das zunehmende Akzeptanzproblem Benachteiligter ist ein weiteres Hindernis. Arbeitgeber bemühen sich mehr und mehr darum, das Angebot an Ausbildungswilligen

*„Wir müssen endlich anfangen, Antworten zu entwickeln auf Fragen nach unserer Leistungsfähigkeit und danach, was wir damit bewirken“  
(Böllert).*

### AG 3 **Leben mit Beschäftigungsrisiken – eine Herausforderung für die berufliche Integrationsförderung**

*Fragestellungen:*

*Wie können Ausbildungsmaßnahmen so gestaltet werden, dass Jugendliche in die Lage versetzt werden, mit Beschäftigungsrisiken und mit Phasen von Arbeitslosigkeit umzugehen und sie produktiv zu bewältigen?*

*Wie kann erreicht werden, dass bereits von Anfang an ein enger Bezug hergestellt wird zur Wirtschaft, zu Unternehmen vor Ort, die die Jugendlichen dann beschäftigen können?*

*Wie muss kooperative Ausbildung, Ausbildung im Verbund mit Betrieben, gestaltet werden?*

*Welche Grundsätze sind dabei zu beachten, welche Vereinbarungen mit den Betrieben abzuschließen?*

#### **Ergebnisse:**

Modulare Organisation von Ausbildung ist eine Chance für benachteiligte Jugendliche mit brüchigen oder voraussichtlich brüchig werdenden Erwerbsbiografien. (Wenn Berufsausbildung modular gestaltet ist, besteht nicht die Alternative, entweder die gesamte Ausbildung zu bestehen oder überhaupt keinen Abschluss zu haben, sondern bisher erfolgreich abgeleistete Teilschritte können verwendet, es kann auf sie aufgebaut werden.)

Eine Veränderung des dualen Systems der Ausbildung, auch im europäischen Kontext, ist notwendig (und unausweichlich): Berufsausbildung, die modular und bausteinartig aufeinander aufbaut, wird den Jugendlichen besser gerecht, ist aber auch für Betriebe attraktiver, weil weniger kostenträchtig.

Nach der Ausbildung sollte den Absolventen Berufserfahrung ermöglicht werden, auch in neuen Beschäftigungsformen. (Darunter werden Formen von Teilzeit, aber auch von Selbstständigkeit verstanden.)

Die Stärkung sozialer Kompetenzen als zu vermittelnder Ausbildungsinhalt ist ebenso wichtig wie die Herausbildung fachlicher Qualifikationen.

Eine sozialräumliche Einbindung von Ausbildung und Berufsvorbereitung ist notwendig, um Erfolgserlebnisse zu ermöglichen, aber auch, um den Ernstcharakter von Ausbildung und Berufsvorbereitung deutlich zu machen sowie Bezüge zur Lebenswelt herstellen/nutzbar machen zu können.

Nach außen hin, in seiner Lobbyarbeit und im politischen Raum, sollte der IB sich offensiv für mehr Beschäftigung und die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen; nur durch mehr Beschäftigung ist Arbeitslosigkeit grundlegend abzubauen.

zu „separieren“: die Schwachen zur Ausbildung in die Sozialeinrichtungen, die Starken in die Unternehmen. Das geht bis zur Unterscheidung, ob Hauptschulabschlüsse von der Schule oder einer Volkshochschule ausgestellt worden sind.

Eine der höchsten Hürden aber ist die herkömmliche Förderpraxis der Verwaltung nach dem Motto „Wir sind erst zuständig, wenn die Schule absolviert ist“. Das Hartz-Papier soll dem laut Matzdorf ein Ende bereiten. Und: „Es kann nicht sein, dass das SGB III für Fördermaßnahmen in der Schule verschlossen bleibt.“

Als eine wichtige Voraussetzung für grundlegende Änderungen in der Arbeit des Arbeitsamtes sieht der Referent den Abbau von Komm-Strukturen („Berater wartet auf Kunden“) für die Berufssuche zu Gunsten eines Check-up-Verfahrens, das schon in der Schule beginnt: Was will der Schüler, was kann er, und was ist möglich? Ausdrücklich plädierte Matzdorf für die vorbeugende Arbeit von Fachleuten an Schulen gegen den Verfall von Bildungschancen. Hilfreich sei auch die intensive Betreuung schwer vermittelbarer Jugendlicher durch Coaching-Experten, die gelernt haben, wie man Auszubildende und Ausbilder zusammenbringt. Andererseits sollte aber auch dies möglich sein: Wer in eine Ausbildungsstelle vermittelt wurde und abbricht, kann sich nicht mehr auf finanzielle Unterstützung verlassen.

An einem optimalen Netzwerk müssten nach Ansicht Matzdorfs Ämter, Arbeitsverwaltung, Kommunen, Wirtschaftskammern und Betriebe sowie Einrichtungen der Jugendhilfe und Berufshilfe beteiligt sein. Ihre gemeinsamen Zielstellungen:

- ▶ frühe Ausrichtung der Bildungs- und Erziehungsarbeit in Kindergärten und Schulen,
- ▶ spätestens ab dem 7. Schuljahr Qualifizierungsbemühungen beim einzelnen Schüler,
- ▶ Schulabschluss in Begleitung von Partnern oder Coaches aus der Jugend-Berufshilfe,
- ▶ frühzeitige Organisation ausreichender Ausbildungsangebote,
- ▶ nach Qualifizierung differenzierte Ausbildungswege in anerkannten Berufen,
- ▶ schon während der Ausbildung flankierende Maßnahmen mit dem Ziel, eine feste Beschäftigung nach dem Ende der Lehrzeit zu erreichen.



**Geert Müller-Gerbes moderierte das Symposium.**

*„Die Ausgaben müssen den Aufgaben folgen“ (Böllert).*



Matzdorf verweist auf erfolgreiche Vernetzungsmodelle unter dem Stichwort „Schule und Betrieb“ in NRW. Hier finden mindestens 40 Prozent der Ausbildungsanteile in Betrieben statt. Ein wichtiges Ergebnis: 37 Prozent von 1600 Schülern, die von ihren Lehrern schon abgeschrieben waren, haben Arbeit bekommen.

### **TANJA – ein Modell, das Hoffnung macht**

Einer der wesentlichsten Ansatzpunkte für eine Neuorientierung ist für ihn die bisher standhaft verteidigte Ausbildung im dualen System. Schon lange werde der Vorschlag diskutiert, für junge Leute mit Lernschwierigkeiten das traditionelle System aufzubrechen und Qualifizierungsbausteine einzuführen. Am nordrhein-westfälischen Ausbildungshimmel heißt dieser neue Stern TANJA. TANJA ist ein Modell und die Abkürzung für „Teilzeitqualifikation als Angebot für Jugendliche ohne Arbeit“. Ausgetüftelt von Handels- und Handwerkskammern sowie den Arbeitsämtern, soll es schwer vermittelbaren Jugendlichen als Schiene ins Arbeitsleben dienen. Sie können sich anhand von Ausbildungsmodulen schrittweise für einen Beruf qualifizieren. Und mit jedem bewältigten Modul wachsen die Chancen auf eine eigenständige Rolle in der modernen Arbeitswelt.

Doch wie immer der Ausbildungsmarkt von morgen aussehen wird, er wird ohne eine Abkehr von den gewohnten Förderstrukturen nicht auskommen. Das öffentliche Nachdenken über neue Finanzierungsquellen, die dazu beitragen können, eine Garantie auf Ausbildungsplätze zu realisieren, habe bereits begonnen. In der Diskussion: ein Mix aus öffentlichen Zuschüssen, Spenden, Rabattsystemen und Stiftungen.

Dieses Fazit war der nahtlose Anschluss an Böllerts Forderung im Auftaktreferat: „Die Ausgaben müssen den Aufgaben folgen.“ Die Professorin sieht die Verantwortlichkeiten und das für diese Arbeit zur Verfügung stehende Geld „falsch verteilt. Der Bund muss mehr tragen.“ Und Matzdorf meinte in der ersten großen Plenumsdiskussion, man müsse sich fragen, ob das, „was wir bisher finanziert haben, noch richtig ist“. Wenn aber genügend Geld da sei, „wo muss sich dann an den vorhandenen Ressourcen was ändern?“, fragte ein Zuhörer. „Beim Staat und bei der Arbeitsverwaltung“, antwortete Matzdorf aus dem Arbeitsministerium, „dort werden zwar viele Aufgaben verordnet, aber zu wenig Prioritäten gesetzt.“

Und es muss auch über die Qualität diskutiert werden, meinten beide.

Zu den Prioritäten, die verändert werden müssen, zählt Prof. Böllert zum Beispiel auch die Qualifizierung des Erziehungspersonals an den Kindertagesstätten, denn schon dort müsste der Grundstein für eine umfassende Bildungsarbeit gelegt werden: „Es gibt an Kitas viel Personal, mehr Qualität wäre besser.“ Matzdorf ging noch einen Schritt weiter: „Wir haben zu viele überforderte und schlechte Lehrerinnen und Lehrer.“ Seiner Erfahrung nach mache nur Finanzdruck möglich, dass über die Qualität diskutiert wird.



**Prof. Karin Böllert und Roland Matzdorf (Ministerium für Arbeit, Soziales, Qualifikation u. Technologie NRW) im Podiumsgespräch**

### **AG 4 „Integrationskonferenzen“, „Runde Tische Migration“, „Stadtteil-AGs“ – interkulturelle Netzwerke im Sozialraum**

*Integration von jugendlichen Aussiedlern und Ausländern darf sich nicht auf die Sprachvermittlung beschränken; dies ist sowohl im neuen Zuwanderungsgesetz als auch in den Landes- und Kommunalprogrammen zu berücksichtigen.*

*Wie die PISA-Studie gezeigt hat, muss die Förderung von jugendlichen Zuwanderern bereits vor der Schule, im Kindergarten bzw. durch die Arbeit mit den Eltern, besonders den Müttern, intensiviert werden.*

Wenn Integration ernsthaft als ein wechselseitiger Prozess zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaft definiert wird, müssen sich alle relevanten Akteure im Sozialraum aktiv an der Integration beteiligen. Dies kann nur über eine organisierte und strukturierte, nachhaltige Vernetzung geschehen.

Grundlage zum Aufbau eines interkulturellen Netzwerks ist eine sozialraumorientierte Bestands-/Bedarfsanalyse, die kontinuierlich fortgeschrieben wird.

Zu interkulturellen Netzwerken gehört

- ▶ die Verbindlichkeit von Absprachen
- ▶ die Rollenklarheit der Netzwerkpartner
- ▶ die Neutralität des Netzwerksmanagements
- ▶ die Legitimation und Anerkennung bei Kommune und Partnern

Die Aufgaben des interkulturellen Netzwerks müssen mit anderen Gremien abgestimmt sein.

Migranten müssen in und an interkulturellen Netzwerken stärker beteiligt werden. Hierzu müssen die Multiplikatoren einbezogen werden.

Bei kommunalen Partnern und Projektmitarbeitern muss interkulturelle Kompetenz vorhanden sein.

Interkulturelle Netzwerke können dann nachhaltig arbeiten, wenn

- ▶ das Netzwerk bzw. seine Angebote in kommunale Strukturen eingebettet sind,
- ▶ die Angebote nach Projektende von den Kooperationspartnern weitergeführt werden.

**Arbeitsergebnisse:**

Die Vermittlung von IT- und Medienkompetenz ist eine wichtige Aufgabe des IB, um eine zusätzliche Beeinträchtigung der Jugendlichen, die vor ihrem familiären/sozialen Hintergrund und/oder wegen ihrer schulischen Leistungen keinen Zugang zu neuen I- und K-Technologien haben, zu verhindern.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass auch „benachteiligte“ Jugendliche erfolgreich in diesem Bereich gefördert werden können. Vorhergehende schwache Leistungen in der Schule sind dabei kein Ausschlusskriterium.

Die Verleihung von (Teil-)Zertifikaten und die Erlangung praktisch verwertbarer Fertigkeiten in der Handhabung von PCs stärken in besonderem Maße das Selbstbewusstsein der Jugendlichen.

In der Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Betrieben kann der IB ein eigenständiges Beratungsangebot für die Betriebe bereitstellen, die sich ohne Unterstützung nicht in der Lage sehen, in den IT-Berufen auszubilden.

Die Verbindung von Qualifizierung der Jugendlichen und Beratung der Betriebe eröffnet dem IB die Chance, aufbauend auf seinen „Kernkompetenzen“ und bestehenden Betriebskontakten sein Leistungsangebot durch betriebsnahe – am betrieblichen Bedarf ausgerichtete – Leistungen zu ergänzen und damit auch Betriebe als Kunden zu gewinnen.

*„Es gibt eine konstante Zahl Jugendlicher, die im Regelsystem nicht klarkommen, und es gibt Regelsysteme, die mit diesen Jugendlichen nicht fertig werden“ (Matzdorf).*

**Das Plenum verfolgte interessiert die Vorträge der Referenten.**



**„Der politische Wille muss da sein und das Engagement der Mitarbeiter“**

Unter dem Eindruck der beiden Einführungsreferate und der ersten Arbeitsgruppen-Sitzungen fand sich das Plenum zum Abschluss des ersten Arbeitstages zu einem Hearing unter Leitung des erfahrenen und einfühlsamen Moderators Geert Müller-Gerbes zusammen. Monika Jansen, Schulrätin in Köln, Dr. Dietmar Tönnies vom NRW-Landesarbeitsamt, Jochen Schaloske, Jugendamtsleiter in Oberhausen, und Roswitha Ostwald (IB) gaben Auskunft zum Thema „Zukunftsorientierte Angebote und Leistungen für Jugendliche“. Gleich die erste Antwort traf den inhaltlichen Kern der Diskussion auf den Punkt. Auf die Frage des Moderators, wie die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und Jugendämtern sei, antwortete Tönnies mit Blick auf positive Beispiele in Köln: „Der politische Wille muss da sein. Wichtig ist allerdings auch das Engagement der Mitarbeiter.“ Auch Schaloske berichtete von unterschiedlichen Erfahrungen, hält viel von der Oberhausen-Konferenz, einer Art Runder Tisch mit Arbeitsverwaltung, Kommune und Verbänden.

*Zukunft  
Jugend  
Vielfalt  
gestalten*

Schulrätin Jansen empfahl ihr Kölner Modell als hilfreich für die Entwicklung von Projekten, machte aber auch deutlich: „Es hängt viel davon ab, welche Menschen sich begegnen.“ So wollte es auch Müller-Gerbes verstanden wissen, als er der IB-Vertreterin Ostwald auf die Frage, was man sich wünschen sollte, die Antwort in den Mund legte: „Wenn man es nicht selber macht, passiert nix.“

Die Frage „Was geschieht, wenn Schüler keine Perspektiven mehr sehen?“ stieß bei allen Referenten auf die gleiche Antwort-Tendenz: Derzeit geschieht das Falsche. Die Argumente in Schlaglichtern: Schlechte Schüler landen in der Hauptschule und laufen Gefahr, auch dort aussortiert zu werden. Um das zu verhindern, müssen die Schulen dazu gebracht werden, frühzeitig mit den freien Trägern zusammenzuarbeiten. Da wachsen schon sehr früh Aufgaben für Schule, Eltern und freie Träger heran, sagte Prof. Böllert, unterstützt von der Kölner Schulrätin. Tönnies verwies auf zusätzliche berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung. Böllert reichte das nicht: „Wie gelingt es Ihnen, diejenigen, die wir aus der Verantwortung nicht entlassen dürfen, mit ins Boot zu kriegen?“, fragte sie Tönnies. Der räumte die Ohnmacht seines Amtes ein: „Wir haben keine Chance, auf Betriebe Druck auszuüben.“

Doch die freien Träger kommen, so wurde deutlich, bei Ämtern und Amtsvertretern auch nicht sehr weit. Der IB verfügt beispielsweise über eine Reihe von Programmangeboten, mit denen junge Menschen in Betriebe geführt werden könnten. Aber sie sind nicht immer und überall durchsetzbar. Ostwald: „Wenn das nicht klappt, sind beide Seiten frustriert.“ Das gilt unter anderem für die Zusammenarbeit von Schulen und freien Trägern. Andererseits verwies IB-Vize Dr. Kerig darauf, dass es auch Zersplitterung unter den freien Trägern gibt; unter anderem Programme und Projekte, die miteinander konkurrieren. Und zur klaren Sicht der Dinge gehöre auch die Erkenntnis, dass unterschiedliche Programme auch auf unterschiedlich interessierte Ministerien zugeschnitten sind. Man bemühe sich in der Arbeitsgemeinschaft der freien Träger, auf diesem Gebiet mehr Einheit zu erreichen, doch: „Das ist ein Kampf gegen Windmühlenflügel“, sagte Kerig. Antwort des Moderators: „Aber Sie wissen, dass Don Quichote am Ende gewonnen hat?“

## Schwierigkeiten bei der Zusammenführung von Kulturen

Nur kurz kam in dieser Diskussion eines der Schwerpunktprobleme im Bildungswesen zur Sprache: die Zusammenführung der unterschiedlichen Kulturen, bedingt durch viele Einwandererkinder, die „an Schulen dumm bleiben“. Wesentliche Gründe: Oft gibt es nicht genug Lehrer, um den Zuzüglern die Grundlagen der deutschen Sprache beibringen zu können, andererseits können und wollen Lehrer sich in großen Klassen nicht mit der Alphabetisierung der Einwanderer aufhalten, sondern ihren Unterricht abhalten. Zwar gibt es laut Jansen staatliche Verordnungen, die das verhindern sollen, aber es fehlt an Mitteln (sprich: ausreichend Geld für Personal), diese Verordnungen durchzusetzen. „Das Problem bekommen wir nicht in den Griff, wenn es auf politischer Ebene nicht angepackt wird“, sagte die Schulrätin. Müller-Gerbes beendete die Diskussion mit einem Stück Lebenserfahrung aus seiner Zeit als Parlamentskorrespondent und Ministeriumssprecher: „Ganz viele Leute, die in der Politik fähig sind, haben Kinder und tun so, als hätten sie keine.“

Das Tagungsbüro war ständig von vielen Teilnehmern belagert.



Präsentation der Arbeitsergebnisse

In den sieben dann folgenden Arbeitsgruppen (siehe Protokollberichte) hätte sich die Oberhausener Bürgermeisterin Gretel Köhr mit dem bestätigt gefunden, was sie den Delegierten in ihrem Grußwort mitgegeben hatte: Alle Beteiligten verfolgten im Groben das gleiche Ziel, „aber es gibt zu viel Nebeneinander und Parallelen in der Arbeit. Und das ist sehr schade, weil sehr viel Engagement und Kompetenz eingebracht wird.“ Bessere Abstimmung untereinander sei dringend nötig, sagte sie, „Jugend ist doch der Rohstoff Deutschlands“. Ihre Frage angesichts der Schwierigkeiten, vor denen alle stehen, die sich um Jugendfragen kümmern wollen: „Wo bleibt Platz zur Entdeckung und Bildung der Persönlichkeit?“

Diese Frage beherrschte auch die Diskussionen bei der Präsentation der Arbeitsgruppen-Ergebnisse und vor allem die Schlussdebatte im Plenum, bei der Delegierte und Gäste nach „Voraussetzungen nachhaltiger Vernetzung“ suchen sollten. Dabei ging es nicht ohne Schärfen ab, weil sich schnell herausstellte: Vernetzung wollen alle, aber jeder zu seinen Bedingungen.



Bruno Köbele, Vizepräsident des IB, eröffnete das Symposium.

„Man muss sich fragen, ob das, was wir bisher finanziert haben, noch richtig ist“ (Matzdorf).

## AG 6 Kulturelle Freizeit- und Bildungsangebote – Kompetenzerwerb im Freizeitbereich

Fragestellungen:

Wie kann die offene Jugendarbeit kulturelle Freizeit- und Bildungsangebote für Jugendliche so ausrichten, dass sowohl die Jugendlichen selbst als auch die Gesellschaft und die Arbeitswelt von den darin vermittelten Kompetenzen profitieren?

Welche Vernetzungen sind notwendig, um die definierten Ziele zu erreichen? Welche Rahmenbedingungen benötigt die offene Jugendarbeit für angemessene kulturelle Freizeit- und Bildungsangebote?

Ergebnisse:

Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind soziale Dienstleistungsbetriebe, die eine Sozialisationsfunktion im Gemeinwesen haben.

Angebote der Jugendkultur- und Bildungsarbeit als eine Methode vermitteln wichtige Schlüsselkompetenzen für die Persönlichkeitsentwicklung.

Von diesen Schlüsselkompetenzen profitiert auch die Gesellschaft.

Die Sozialisationsfunktion wird durch Vernetzung von Leistungen und Ressourcen anderer Akteure optimiert.

Für eine gelingende Umsetzung kultureller Freizeit- und Bildungsangebote braucht offene Kinder- und Jugendarbeit:

- einen gesellschaftlichen Konsens über Chancen, Potenziale und Wirkungsziele von Jugendkultur- und Bildungsarbeit,
- eine Anerkennung der dort erworbenen Schlüsselkompetenzen,
- geeignete Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche Arbeit.

### Arbeitshypothesen und Antworten aus der Arbeitsgruppe

1. *„Extremismus bzw. Rechtsextremismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen aus der Mitte der Gesellschaft.“*

Ressentiments, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit auch aus der Mitte der Gesellschaft führen dazu, dass nicht arbeitslose junge Menschen, sondern beziehungsgestörte emotional entwurzelte und schwache junge Menschen den Parolen der Neonazis zugeneigt sind. Die Passivität eines großen Teils der Bevölkerung ermuntert besonders rechtsorientierte und rechtsradikale Gruppen, ihre Ablehnung von unterschiedlichen Kulturen zu artikulieren. Der Widerstand gegen solche Orientierungen findet in der Gesamtbevölkerung nur bei extremen Straftaten Widerhall.

2. *„Macht der Fokus auf die Gruppe der Jugendlichen sie nicht zum Sündenbock und erschwert den Zugang zu ihnen?“*

Die Verengung auf gesellschaftliche Phänomene, die ausschließlich von Jugendlichen ausgelöst worden sind, ist durch keine Studie gestützt. Die Medien spiegeln ein Bild von Jugendgewalt im Allgemeinen, das nicht vorhanden ist. Mehr als 90 % aller jungen Menschen in Deutschland befinden sich außerhalb von extremen Lebenssituationen oder deutlich abweichenden Lebensentwürfen. Sich ausschließlich auf Jugendliche zu konzentrieren, bei der Bekämpfung extremer Einstellungen und Handlungsweisen, führt in eine Sackgasse.

3. *„Was können vor diesem Hintergrund Jugendarbeit, Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit leisten?“*

Kontinuität und Nachhaltigkeit sind gefordert, ohne Geld und Motivation sowie infrastrukturelle Einbindung der Mitarbeiter kann Rechtsextremismus nicht bekämpft werden. Rechtsextremismus ist nicht auflösbar, solange Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik, Bürgerschaft und Wirtschaft sich nicht als Partner begreifen.

Die Ziele der Jugendhilfe können nur in Verbindung unterschiedlicher Ansätze in einem Geflecht verschiedenartiger Elemente umgesetzt werden. Dazu müssen Akzeptanz, Einzelhilfe, Beratung und Begleitung, Erlebnisse, Gemeinschaft und Räume, Interessenwahrnehmung und politische Aufklärung, Auseinandersetzung und Grenzsetzung situationsangemessen miteinander verknüpft werden.

4. *„Jugendhilfe erreicht keine Einstellungs- oder Verhaltensänderungen bei rechtsextremen Jugendlichen!?“*

Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit alleine sind nicht in der Lage, Einstellungs- und Verhaltensänderungen bei rechtsextremen Jugendlichen zu erreichen. Veränderungen gelingen nur, wenn es einen verantwortungsbereiten und sozialraumorientierten Diskurs zwischen den Professionen und Generationen gibt.

Verantwortung erfordert Risikobereitschaft, Bereitstellung von Gestaltungsräumen für unterschiedliche Lebensentwürfe junger Menschen, Glaubwürdigkeit, Kontinuität und Konsequenz und die Bereitschaft zur permanenten Diskussion.



### Der Unterschied von Vogel- und Froschperspektive

Bezeichnend dafür war der Einstieg: Barbara Simon vom Bundes-Familienministerium listete eine stattliche Zahl von Projekten auf, die Berlin in Zusammenarbeit mit Kommunen, Schulen und sozialen Einrichtungen gestartet hat und mit denen „rund 50 Prozent der Jugendlichen, die betroffen waren, aufgefangen wurden“. –

„Spüren Sie diese Bewegung?“, fragte Moderator Müller-Gerbes die Vertreterin Oberhausens, Petra Kersten-Rettig. Die Antwort: „Durchaus.“ Aber die Finanzierung durch den Bund sei immer nur befristet, und höre sie auf, seien die Probleme wieder da. Und wenn Projekte schon früher liefen, müssten sie den Berliner Vorgaben angepasst werden, um den Förderrichtlinien gerecht zu werden.

Sie forderte „mehr Vertrauen in die Lösungsfähigkeiten vor Ort“ und plädierte für planungssichernde Finanzierung durch Pauschalen. Simon lehnte ab: „Modellprogramme mit der Anschubfinanzierung von Projekten, die im Graben landen, darf es nicht geben.“ Damit stand sie ziemlich allein. Die große Mehrheit möchte die Vielzahl von Fördermöglichkeiten in einem Finanz-Pool bei den Kommunen bündeln und vor Ort verteilen lassen.

Als Frau Simon anmerkte, eine Art Pool sei schon gegeben, weil alle zuständigen Behörden in die Verteilungsstrukturen eingebunden sind, entgegnete Markus Schnapka vom Landschaftsverband Rheinland kurz: „Wir diskutieren hier nicht aus der Vogelperspektive, sondern aus der Froschperspektive.“

### Das Plenum zur Schlussdiskussion



Auf Vorbehalte stieß ein Beispiel des Geschäftsführers der Arbeitgeberverbände in NRW, Dr. Bernhard Keller. Der präsentierte eine Aktion seines Verbandes zur Stärkung der Lesekompetenz in Kindergärten: „Wir spenden Bücher und trainieren mit Erziehern und Eltern das Vorlesen. Das soll flächendeckend geschehen.“ Initiativen seien immer gut, meinte daraufhin die Gewerkschafterin Martina Peil. Doch wenn, wie derzeit, überall Stadtbüchereien geschlossen werden wegen rückläufiger Steuereinnahmen, sollten die Arbeitgeber doch mehr Steuern zahlen. Später merkte Keller noch an, die gestifteten Bücher könnten auch dazu beitragen, dass im Kindergarten naturwissenschaftliche Experimente veranstaltet werden; sozusagen als erste Stufe zum Kennenlernen des Arbeitslebens.

Das war sein Beitrag zum zweiten Schwerpunkt der Abschlussdiskussion: der Frage nach Spielräumen für die als notwendig erkannte Zusammenarbeit zwischen Schule und freien Trägern. „Auf Augenhöhe“, so unisono alle Diskutanten, müssten die Bildungsträger mitmachen dürfen – aber auch wollen. „Viele empfinden sich nicht als gleichwertig, dabei haben sie doch was zu bieten“, bescheinigte Simon der skeptischen Zuhörerschaft. Die dankte Schnapka mit viel Beifall, als er dringend eine Verknüpfung von Schulentwicklungs- und Jugendhilfepflicht forderte. Viele Aspekte aus den Einführungsreferaten tauchten wieder auf; beispielsweise die Frage nach der Ausbildung und Bezahlung von Erziehern; auch im Hinblick auf die Ganztagsbetreuung. Einfache Polizisten könnten sich auch zu Kommissaren ausbilden lassen. „Unsere Erzieher sollten uns nicht weniger wert sein als Polizeibeamte“, hieß es.

*„Ganz viele Leute, die in der Politik fähig sind, haben Kinder und tun so, als hätten sie keine“ (Müller-Gerbes).*

### Dreigliedrige Ausbildung müsste auf den Prüfstand

„Zu kurz“ griff das Prof. Böllert. Sie hätte gern eine Diskussion darüber gehört, „dass die dreigliedrige Struktur unseres Bildungssystems nicht stimmt. Aber da trauen wir uns nicht heran.“ Die Dreigliedrigkeit spiegle sich auch in der Anerkennung für Ausbilder wider; in einer Art Hierarchie „vom Grundschul-Mäuschen bis zum Gymnasiallehrer“. Vorher aber komme noch die Erzieherin, „und die sollen sich mit den Eltern zusammensetzen?“ Es spreche nicht für den Zustand von Kindergärten, wenn man eine Bücherspende-Aktion der Arbeitgeber braucht. Sie sieht sich dadurch nur bestätigt in ihrer Ansicht: „Qualität und Bildung darf man nicht den Ländern und Kommunen allein überlassen. Da muss der Bund aktiver werden.“

Um das zu erreichen, da waren sich fast alle wieder einig, muss noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden; nicht zuletzt von den Trägern selbst. „Vielfältige soziale Fantasie ist notwendig“, formulierte Moderator Müller-Gerbes als Konsequenz aus einer Debatte, die Schnapka mit einem Rückgriff auf eigene Erfahrungen bereicherte: „Es gibt wunderbare Konzepte. Aber die Wahrheit findet in den Haushaltsplänen statt!“



*„Wenn man man es nicht selber macht, passiert nix“ (Müller-Gerbes).*

### Vertiefendes Studium der Vorträge und reger Austausch



### Das Abschlusspodium diskutierte kontrovers.



### Schlussbesprechungen im kleinen Kreis